

presse

Menschenwürdige Arbeit und Sozialschutz für Hausangestellte weltweit

Anlässlich der Debatte zur Ratifizierung der ILO-Konvention 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte und deren Bedeutung für die Beschäftigten in Entwicklungsländern erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Die Bundesregierung hat – auf Druck von SPD und Bündnis 90/Die Grünen – endlich dem Bundestag das Übereinkommen Nummer 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Hausangestellte vorgelegt.

Mit dem Übereinkommen wird ein großer und wichtiger Schritt zum Schutz von Hausangestellten gemacht. Erstmals werden Arbeitsbedingungen im informellen Sektor international verbindlich geregelt und der Rechtsanspruch, auf einen gleichberechtigte Zugang zu sozialer Sicherung, Gesundheitsdienstleistungen und Mutterschutz verankert.

Willkür, wirtschaftliche und sexuelle Ausbeutung, Kinderarbeit, die Behinderung von gewerkschaftlicher Organisation und fehlende soziale Absicherung sind gerade in Schwellen- und Entwicklungsländern nach wie vor an der Tagesordnung. Vor allem Mädchen und Frauen sind von diesen menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen betroffen.

Offiziellen Angaben zufolge sind weltweit mindestens 53 Millionen Menschen als Hausangestellte tätig – Kinder nicht mitgezählt. Die Dunkelziffer ist daher deutlich höher. Seriöse Schätzungen gehen davon aus, dass es bis zu 100 Millionen Hausangestellte weltweit gibt. 83 Prozent davon sind Frauen und junge Mädchen. 30 Prozente aller Hausangestellten sind vollständig von der nationalen Gesetzgebung ausgeschlossen. 45 Prozent haben nicht einmal das Anrecht auf einen freien Tag in der Woche. Geregelte Arbeitszeiten: Fehlanzeige. Die Menschen schuften teilweise rund um die Uhr.

Bereits im November 2012 hatten deshalb die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens in dem gemeinsamen

Antrag „Arbeitsbedingungen von Hausangestellten verbessern – ILO-Übereinkommen Nummer 189 ratifizieren“ gefordert. Außerdem erwartet die SPD, dass die Bundesregierung jetzt nicht die Hände in den Schoß legt, sondern sich auf internationaler Ebene verstärkt dafür einsetzt, dass möglichst viele Industrie-, Schwellen-, und Entwicklungsländern das ILO-Übereinkommen 189 ratifizieren und in nationales Recht umsetzen.